

Heinz Pfefferle

möchte – und dazu auch die Chance hat, da Nordwürttemberg-Nordbaden den gerade hier gewünschten Südweststaat nur unter dieser Voraussetzung bekommt. Umgekehrt weiß man in Südwürttemberg sehr genau, dass die Chancen für einen echten Regionalismus nicht durch die Wiederherstellung der alten Länder Baden und Württemberg realisiert werden können, sondern nur in einem neuen Südweststaat, der durch zahlreiche Regionalismen einen Widerpart zum vielkritisierten „Stuttgarter Zentralismus“ bieten könnte. Einer solchen konzertierten Aktion zur Neuformierung regionaler Strukturen dienen die intensiven Kontakte der südwürttembergischen mit der südbadischen CDU.

#### 8. ERKLÄRUNGSANSÄTZE ZUR REKONFESSIONALISIERUNG IN SÜDWÜRTTEMBERG UND IHR HISTORISCHER HINTERGRUND

Die mehrfach zitierte Monographie *Rolf Winkelers* zur Wiederherstellung der südwürttembergischen Konfessionsschule verfährt insofern rein deskriptiv, als sie den Sieg der Konfessionsschule anhand der politischen Mehrheitsverhältnisse und der unterschiedlichen organisatorischen Voraussetzungen der beiden Parteien erklärt. Nicht erklären kann sie daher, warum die CDU nicht alles daransetzt, die Frage der Bekenntnisschule als Regelschule zu umgehen. Warum sie im Gegenteil die Bekenntnisschule als Konfliktstoff mit der französischen Militärregierung fast so ernst nimmt wie die nun tatsächlich lebenswichtige Reparationsfrage. Oder anders formuliert: Woher der unwiderstehliche Druck rührt, der die CDU als Partei nahezu spaltet und auf jeden Fall sie in eine existenzbedrohende Krise stürzt. Warum setzt nicht auch das bischöfliche Ordinariat alles daran, um der mit ihr angeblich so eng verbundenen Partei diese Existenzkrise wenigstens in der sensiblen Anfangsphase zu ersparen?

Immer wieder fällt bei der Durchsicht der Quellen auf, dass die nationalsozialistische Gemeinschaftsschule mit dem Begriff „Zentralismus“ verbunden wird. Im oben bereits zitierten Papier „Zur Schulfrage“ heißt es: *Die Hitlerschule muß verschwinden. Der staatliche Zentralismus, der die Freiheit der Erziehung aufhebt oder beeinträchtigt, muß aufhören*<sup>31</sup>. In Rheinland-Pfalz schreibt Oberregierungspräsident Otto Eichenlaub: *Es ist bemerkenswert, daß der Ruf nach der Simultanschule hauptsächlich von den Kreisen kommt, welche den preußisch-berlinerischen Zentralismus und Unitarismus bejahen*<sup>32</sup>. Dies legt im Gegenzug den Gedanken nahe, dass die Konfessionsschule gleichsam von selbst als die der Region angepasste Schulform gilt. *Die Dekane des französisch besetzten Oberschwabens* berufen sich über ihren Sprecher Dr. Willburger in einem Schreiben an den Staatssekretär für Kultusangelegenheiten Dr. Albert Sauer darauf, dass die *katholische Bevölkerung unseres Schwabenlandes* die Konfessionsschule verlangt<sup>33</sup>.

31 ACDP I – 105, Nr. 045.

32 Zitat nach ANGELIKA RUGE-SCHATZ (wie Anm. 21) S. 97.

33 ACDP II – 009, Nr. 065 (Brief vom 13. Februar 1947).